

Quo vadis SPD?

Ein Essay und eine Polemik über grundsätzliche Ursachen und Folgen des Wahlergebnisses von 2009 aus einer Basis-Sichtweise

Steffen A. Rogalski

Jahrelang herrschte Stille an der Front der Modernisierer der Sozialdemokratie. Jetzt stellt sich die Frage, ob denn die Konzeption von der „neuen Mitte“ tragfähig ist. Der Streit um den richtigen Kurs ging immer weiter und hier entwickelte sich eine Art von mittelmäßiger Diskussion unter dem populären Vorbehalt, dass eine Partei sich nach außen nicht als zerstritten darstellen darf. Doch die mittelmäßig spannende Diskussion brachte keine Klärung und nach dem Wahlergebnis von 2009 und den katastrophalen Verlusten der SPD wird plötzlich alles sehr grundsätzlich. Überall in der Medienlandschaft ist die Rede davon, dass die SPD vor einer Zerreißprobe steht. Schlicht gesagt: Der Kampf um die Mitte setzt sich fort, auch in der SPD. - Rückt die SPD in die Mitte, profitieren die Konkurrenten am linken Rand. Rückt die SPD nach links, droht eine Preisgabe der Mitte. Ein Kompromiss, ein Integrationskurs ist gefragt. Doch wo geht die Reise hin? Quo vadis SPD? Es sind wohl jetzt auch grundsätzliche Antworten gefragt.

Die SPD hat schon immer die historische Funktion Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in einem Programm und in der praktischen Politik zu vereinigen, quasi einen gesamtgesellschaftlichen, fast schon „staatspolitischen“ Integrationsauftrag.

Die Analyse des jetzigen Misserfolgs der SPD muss damit beginnen, warum die SPD dieses nicht mehr in die Gesellschaft hinein vermitteln kann und warum sie diese Rolle womöglich nicht mehr glaubhaft darstellen und repräsentieren kann. Schließlich sind ihr ja 2,1 Millionen ihrer Stamm- und Wechselwähler bei den Wahlen 2009 „weg gelaufen“. – Ein Erdbeben.

Eine Ursachenanalyse ist hier also gefragt. Hierzu werden –eher polemisch populärwissenschaftlich - drei Hauptpunkte zur Analyse in politik- und sozialwissenschaftlicher und speziell parteientheoretischer, normativ-kritischer Sicht zusammengebunden: verfehlte Arbeitsmarktpolitik, strategisches Versagen in der Vertretung der Interessen des Wählerklientels, keine ausreichende gesamtgesellschaftliche Ursachen- und Folgenanalyse in der Betrachtung des Parteiensystems.

Doch erst eine Vorbemerkung unter den Warnungen, die jetzt folgen: Es darf kein Zweifel darüber bestehen, dass hier nicht eine eindimensionale oder Interessen gebundene Analyse je nach Ausrichtung der jeweiligen Parteiflügel gefragt ist, ebenso wenig wie eine am Machterhalt orientierte Wahlanalyse, die lediglich kosmetisch bestimmte fehlerhafte Strategiemuster zu einer oberflächlichen Wählergewinnung wiederholt. Dazu ist die Lage zu ernst.

Teil der Analyse ist nämlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger am eigenen Leib tagtäglich erfahren, dass wir es insgesamt mit einem Systemversagen, mit einem Versagen politischer und wirtschaftlicher Eliten (siehe z.B. auch Albrecht von Müller) zu tun haben, die uns von einer Krise in die nächste führt. Da ist die aktuelle Finanz-

krise nur die Spitze des Eisbergs; das vermuten die Menschen wahrscheinlich zu Recht. Doch was ist Teil dieser Gesamtkrise in Bezug auf die SPD?

1. Falsche politische Antworten am Arbeitsmarkt sind schädlich für eine Arbeitnehmerpartei.

Jede Partei muss auf die veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation Antworten geben und die SPD hat dies getan. Die Krux ist, dass sie nur leider mit der Agenda 2010 auch Antworten geben musste, die einem Teil ihrer Wählerschaft missfallen oder sogar sehr negativ betreffen. Schon damals – einige werden sich erinnern – waren die Veränderungen in der Politik eigentlich nur eine Reaktion auf eine Krise, nämlich die des vermeintlich zu teuren Sozialstaats vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise und Staatsschulden. Gleichzeitig ist das Wahlmotto der SPD aus der Bundestagswahl 1998 „Innovation und Gerechtigkeit“ und die viel beschworene „Teilhabe“ den sozialdemokratischen Eliten in der strategischen Operationalisierung der folgenden Jahre nicht ausreichend gelungen. Die Agenda 2010 beinhaltet viele Elemente der Innovation, aber ihr Grundmanko ist, dass die Ausgestaltung des Sozialen nicht konsequent genug für eine sozialdemokratische Politik die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigte.

Es nimmt sich schon merkwürdig aus, wenn für viele Politiker der Schlüssel für die Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist und unter einer SPD-Regierung die Anzahl der Abiturienten aus der Arbeiterschaft und die generelle Aufnahme eines Studiums sinkt und sich immer mehr Leute über ein unfinanziertes Bildungssystem – auch noch nach dem PISA-Schock – unterhalten müssen. Hier hätte dringend eine noch größere Bildungsoffensive hingehört, - aber dies nur am Rande gesagt. Dies ist jedenfalls für diejenigen die von der Bildungsausweitung der siebziger und achtziger Jahre in der BRD profitiert haben, ebenso ein Grund für ein Zweifeln an der SPD.

Die Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt mit der Perspektive einer Schaffung eines ausweiteten Arbeitsmarktes und der Integration von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld bedeutete in der Realität nur den Druck, jede auch noch so prekäre Beschäftigung aufzunehmen. Angesichts des Befundes von Wissenschaftlern, wie Prof. Dörre, dass prekäre Arbeit zugenommen und das Normalarbeitsverhältnis abgenommen hat, mit all den Implikationen, die das soziologisch gesehen hat, wären noch mehr abgestimmte arbeitsmarktpolitische Interventionen einerseits und eine konsequente Zusammenfassung von arbeitsmarktpolitischen Elementen der Förderung notwendig gewesen.

Die harte Realität aber des „immer mehr Forderns und weniger Förderns“ wird nun vermutlich von vielen Menschen als eine Deformation sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik verstanden. Eine vollkommen überforderte Belegschaft der Arbeitsagenturen dürfte wohl auch nicht zu einem Erfolg beigetragen haben. Wenn zwischenzeitlich die Arbeitslosenzahlen sanken, ist dies wohl eher dem Umstand zu verdanken, dass die Botschaft, dass praktisch der überwiegende Teil der Bevölkerung in ihrem wirtschaftlichen Schicksal (ohne ausreichend politische Intervention am Arbeitsmarkt) sich selbst überlassen bleiben, bei der Gesellschaft angekommen ist. „Die Politiker nennen das „Eigenverantwortung“ und meinen aber nur, dass sie selbst damit überfordert sind, notwendige Antworten zu geben“, das kommt unten an. Sie werden potentiell allein gelassen in der sich ausweitenden Zone der Prekarität.

Opportun war eben nur die Reduzierung der anscheinend überbordenden Kosten der Arbeitslosigkeit, aber eben nicht unter Einbeziehung von Unternehmen, sondern nur auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

Ursache für diese Politik ist ebenfalls eine entdemokratisierte Managementkultur von Expertengruppen der Arbeitsmarktpolitik, die diese kaum noch nach Zukunftschancen, sozialer Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit ausrichtet, sondern überwiegend nach Effizienzkriterien und politischer Opportunität gestaltet. Angesichts der zuvor gemachten Erfahrungen mit der Wirkungslosigkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente und deren mangelnde Finanzierbarkeit ist dies eine sicherlich konsequente Haltung, jedoch berücksichtigt dies nicht, dass eigentlich schon lange für einen großen Teil der Arbeitnehmerschaft arbeitsmarktintegrative Maßnahmen erforderlich sind, um überhaupt noch Chancen am Arbeitsmarkt zu haben.

Das Ansteigen der qualifikatorischen und beruflich-wirtschaftlichen Anforderungen über die Breite des europäischen Fachkräftearbeitsmarktes und sogar des Niedriglohnsektors könnte viele auf der Strecke bleiben lassen. Das Spüren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Arbeitslosen jeden Tag und für die negativen Konsequenzen des „Im-Stich-lassens“ seitens der Arbeitsmarktpolitik bekommt die SPD die Quittung, ob zu Recht oder zu Unrecht, interessiert die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr. Längst schon ist das Anwachsen der prekären Beschäftigungsverhältnisse und des Drucks auf dem Arbeitsmarkt zu Recht nicht nur als eine Folgeerscheinung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch als die (Teilweise-)Folge dieser Politik identifiziert worden. Hier wurden politisch Schleusen für eine Beliebigkeit politischer Reaktionsfähigkeit am Arbeitsmarkt geöffnet, die von vielen Menschen als Folge neoliberaler Strategien am Arbeitsmarkt begriffen wird, die die SPD aktiv mit betrieben hat. Daher ist insgesamt eine Umkehr mit Elementen eines öffentlich geförderten Beschäftigungsmarktes quasi zur Systemstabilisierung und zur Schaffung eines gerechten Verhältnisses von Fördern und Fordern unausweichlich.

Es gehört mittlerweile schon zu den Merkwürdigkeiten des politischen Systems, dass die LINKE sich auf ihrer Webseite darüber mockiert, dass es über eine Million mehr Menschen in der Arbeitslosigkeit gibt, als in der Statistik verzeichnet, zum großen Teil auch in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, während sie selbst ja eigentlich noch die Ausweitung von solchen Maßnahmen in Form eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes fordert. Jedes Prinzip der Ehrlichkeit fällt, die Bürgerinnen und Bürger vermuten zu Recht eine sich breit machende Beliebigkeit politischer Kritik und politischer Antworten.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums tönt es vom Wirtschaftsexperten der FDP, Brüderle, jetzt Wirtschaftsminister, während der Koalitionsverhandlungen für die jetzige Regierung im Oktober 2009 man dürfe jetzt nicht nur sparen, man müsse jetzt mehr für die Binnenkonjunktur tun, so als hätte er vergessen, dass er damit eine seit langem bestehende Forderung von Oskar Lafontaine aufgreift und seine Partei demgegenüber jahrelang die Höhe der Arbeitskosten u.ä. zur Hauptursache volkswirtschaftlicher Schwäche erklärt hat.

Da schließt ein führender SPD-Politiker, der noch vor einem Jahr alle die über den bisherigen Sozialstaat hinaus denken, zur LINKEN schicken wolle, jetzt auf einmal ein Bündnis mit eben jenen, wo er eben noch auch linke Sozialdemokraten hinschicken wollte und das in einem in einem ostdeutschen Bundesland, das als die „kleine DDR“ galt.

Da überbieten sich CDU und FDP-Politiker in Forderungen nach Änderung von Hartz-IV und Rente mit 67 - In der Krise fallen alle Schamgrenzen. Das Verbleiben an den Fleischtöpfen der Macht ist wichtiger als die eigene politische Kohärenz. Und keiner fragt, wie man das finanzieren soll.

Ein Ball der Absurditäten lässt die Menschen in einen Strudel der Beliebigkeit nur noch an eines denken: offensichtlich ist jetzt alles egal, alles verschiebt sich, alles fließt. Und weswegen sollte sich die SPD von liberal-konservativen links überholen lassen? Wo ist denn heute noch „die Mitte“? Doch die Befürchtungen könnten noch weiter gehen: Beobachten wir hier nicht gerade ein sich auf breiter Front andeutendes „Systemversagen“?

2. Ein strategisches Versagen in grundsätzlichen und finanzpolitischen Fragen bei der Vertretung ihrer Wählerklientel kann sich eine Volkspartei nicht leisten.

1999 hat die SPD eine Grundsatz- und Programmdebatte begonnen, die nie richtig zu Ende geführt wurde, obwohl letztlich am Ende des Weges wieder ein neues Grundsatzprogramm, das Hamburger Programm, stand. Hier ist es vermieden worden, strategische Klärungen herbeizuführen, so dass mit Recht die redaktionelle Kontrolle hier Ordnung bringen musste. Letztlich haben wir aber hier neben der üblichen Zusammenbindung von partiellen Interessen in Politikfeldern und dem Ausdruck eines Modernisierungskurs in Bezug auf allgemeine Anforderungen zukunfts-gerechter Politik vor dem Hintergrund globaler Veränderungen nichts getan, um eine gesamtgesellschaftlich übergreifende Gesamtperspektive ausreichend zu vermitteln. Für eine Programm- und Volkspartei ist dies eine überaus ernst zu nehmende Situation angesichts einer schwindenden Integrationskraft vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Partialisierung der Gesellschaft.

Die gesellschaftlichen Spaltungen nehmen zu und die Volksparteien insgesamt versagen bei dem Geben von Antworten auf eine gesellschaftliche Integration. Wenn dies so weiter geht, werden wir bald vor der Situation stehen, dass wir nicht eine Gesellschaft, sondern mehrere sozial von einander getrennte Gesellschaften in einer Gesellschaft sind. Der Zerfall gesamtgesellschaftlicher Solidarität droht über alle Ma-ßen zu zunehmen, damit zerfallen auch die Gesellschaft insgesamt und die Handlungsmöglichkeiten, die uns politisch noch verbleiben, denn viele Aufgaben können nur zusammen in einer tragfähigen kohärenten Koalition gesellschaftlicher Kräfte bewältigt werden.

Wie ernst das Systemversagen mit drohenden gesellschaftlichen und politischen Zusammenbrüchen und Irrungen und Verwirrungen zu nehmen ist, merken viele erst jetzt nach dem Zustandekommen eines desaströsen Wahlergebnisses für die SPD. Wie ist es praktisch erklärbar, dass z.B. 500.000 Wähler von der SPD zur FDP gegangen sind? Wie ist es möglich, dass 2,1 Mio. sozialdemokratische Stammwähler (etwa die Hälfte linke, die noch nicht bereit sind, eine teilweise unseriöse LINKE zu wählen?) zu Hause bleiben? Wie erklärt es sich, dass 830.000 zu den Grünen, aber nur 130.000 von der SPD zu den LINKEN gegangen sind? (Zahlen z.B. bei Infratest dimap) – Die Antworten sind sicherlich vielschichtig, jedoch bleibt neben der mangelnden Integrationskraft der SPD und den offensichtlichen Fehlern der Führung der SPD vor allem eine besonders traurige Schlussfolgerung übrig: Die SPD vertritt nicht mehr die Interessen dieser Bürgerinnen und Bürger in ausreichendem Maß. Rente mit 67 als versteckte Rentenkürzung ist da nur ein Element.

Was wir erleben, ist der Zerfall des bisherigen Parteiensystems auf der Grundlage, dass sich viele nicht mehr ernst genommen und vertreten fühlten (bis auf die Wähler deren Parteien die Wahlen gewonnen haben). Jedoch bleibt noch ein weiteres ungu-tes Gefühl zurück, wie z.B. das der Gewinn der Wählerstimmen bei der FDP auf eine willkürliche Wahlentscheidung (etwa 1 Mio. CDU-Wähler, denen es noch immer nicht gut genug geht, gehen zur FDP, um die bürgerliche Mehrheit zu sichern? „Vielleicht machen die mal was anders, vielleicht sogar besser ...“ sagen sich wie immer einige) und eine unzulängliche bürgerliche Gewinnermentalität zurückzuführen ist. Was ist damit gemeint?

Die Gesellschaft in ganz Europa teilt sich vor dem Hintergrund der Tertialisierung und Quartiarisierung der Wirtschaft (Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft) und der Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt im Zuge der Globalisierung in Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer und mindestens zwei Gruppen dazwischen, nennen wir sie die „Mehr-oder-minder-Modernisierungsgewinner“ und die „Mehr-oder-minder-Modernisierungsverlierer“. Dazwischen dürfte sich auch noch eine große Gruppe von Sowohl-als-auch-Verlierer-wie-Modernisierungsgewinner befinden. Diese Menschen definieren sich – neben neuen sozialen Schichten und neuen Lebensstilgruppen wahrscheinlich geradezu darüber, ob sie sich mehr mit Gewinnern oder Verlierern identifizieren können und welche politischen Parteien ihnen die besten Chancen für ihre ökonomischen Interessen bieten. Doch die Mitte zerfällt zusehens in unterschiedliche Lager und Interessensgruppen. Die politische Zeitungs-Publizistik (z.B. der Spiegel oder DIE ZEIT) hat hier schon lange das Schwinden der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Mitte bzw. der Mittelschicht als Ursache für politische Eruptionen identifiziert.

Es ist nur konsequent, wenn angesichts dieser Situation bürgerliche Menschen sich in einer Art Wagenburgeffekt in einer bürgerlichen, konservativ-liberalen Koalition vereinigen, um einen Stabilitätskern für die gesellschaftliche Integration von Modernisierungsgewinnern und „Mehr-oder-minder-Modernisierungsgewinner“ (Kernwählerschaft) zu bilden, um die sich herum Menschen mit Aufstiegswillen oder aber Abstiegsängsten versammeln (zusätzliches Wählerpotential, Wechselwähler). Um das wahlanalytisch auszudrücken: hier hat die SPD bei den letzten Wahlen offensichtlich den Kampf um die Mitte und die Wechselwähler bereits verloren. Ob sie angesichts dieser Situation und ihrer Geschichte als Arbeitnehmerpartei nicht eher die Interessen derjenigen ebenfalls vertreten sollte, die vielleicht nicht so sehr auf der sonnigen Seite des Lebens stehen, die auf eine gewisse Stabilisierungskraft im Staat angewiesen sind, ist hier die relevante Frage neben wichtigen inhaltlichen politischen Fragen. Gewinner und Verlierer der Modernisierung und die große Gruppe dazwischen müsste man häufiger zusammenbringen, ja zusammenbinden.

Angesichts der wirtschaftlichen Situation und der Staatsverschuldung stellt sich doch dem Normalbürger eine wichtige Frage der Ausrichtung des politischen Handelns immer mehr: Qui bono? Wem nützt es? Seit Jahrzehnten verzeichnen wir sinkende Realeinkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei einem steigenden Kapitaleinkommen von ca. 600 Mrd. € pro Jahr und wachsenden Exportüberschüssen. Der Staat muss sich bei einer Staatsverschuldung von 7 Billionen € einschränken und muss überlegen, wie er die Verschuldung zurückfährt, ohne das große wirtschaftliche und soziale Verwerfungen entstehen. Doch die Frage ist, wer hierfür das meiste aufbringt und aufbringen kann. Höhere Kapitalbesteuerung, z.B. auch mit einer Börsenumsatzsteuer (die Teile der SPD-Führung jetzt auf einmal will) , wäre eine

sinnvolle Maßnahme gewesen, natürlich auch bei der Versprechung von Haushaltskonsolidierung in vielen Bereichen.

Da musste die SPD sich schon 1999 anlässlich ihrer Grundwertedebatte von dem konservativen selbsternannten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler (Juristen) Miegel vorrechnen lassen, dass angesichts eines seit Jahrzehnten sinkenden Arbeitsvolumens pro Kopf der Bevölkerung (die Zunahme von Beschäftigung im Niedriglohnssektor kann hier nicht gelten), es womöglich notwendig sei, das Schöpfen von gesellschaftlichem Wohlstand aus Vermögen stärker zu forcieren, weil eben das Schöpfen von Wohlstand aus Arbeitseinkommen sinken werde. Und keiner der arbeitsfixierten (und arbeitslosigkeitsbekämpfungsfixierten) sozialdemokratischen Mitdiskutanten reagierte adäquat darauf. Zudem: Im Schatte der SPD-Schwäche, die die Vermögenssteuer ohne Not aufgab und sich bei der Erbschaftssteuer von der Union vorführen ließ (rettet Omas Häuschen und die armen Leute mit den riesigen Grundbesitztümern, etc.) und zu dem noch den Bildungssoli noch nicht einmal auf die Höhe der Vermögenssteuer kalkulierte, haben Bündnis 90/ Die Grünen mit ihrem „Green New Deal“ unauffällig eine sinnvolle Alternative aufgebaut, die zudem noch den alten Gedanken der Verbindung von Arbeit und Umwelt aufgreift, ein Konzept, das einst aus sozialdemokratischer Feder stammte. Damit hat sie praktisch der SPD als Modernisierungspartei „ein Stück weit“ den Rang abgelaufen.

Regierungsfähigkeit wurde in der Großen Koalition von der SPD als die Lösung großer inhaltlicher Fragen (zusammen mit Expertinnen und Experten und weniger mit den Bürgerinnen und Bürgern) verstanden. Staatstragend generierte sich die SPD als die Gralshüterin politischer Problemlösungen. Wirklich mitnehmen konnte oder wollte sie ihre Stammwähler gar nicht. Die sind einfach übrig geblieben, ohne ausreichenden Gewinn an der Modernisierung, verzweifelt und verunsichert angesichts gesellschaftlicher Veränderungen und Krisen, mangelnder Durchsetzung ihrer Interessen in der großen Koalition und teilweisem Versagen ihrer Partei oder sogar generell der politischen Eliten bei der Lösung von Problemen. Das Wort macht die Runde, dass Politik heute noch die Rolle der Bordapotheke auf der Titanic hat.

Der Zustand der SPD (und nebenbei auch das Wahlergebnis) ist das Produkt gesellschaftlicher Desintegration, einer reduzierten Bedeutung des Staates im Zeitalter der Globalisierung und auch der Dämonisierung gesellschaftlicher und politischer Alternativen von Links seitens der SPD selbst. – Wer z.B. Milliarden in Banken- und Unternehmensrettungsaktionen und ökologisch unsinniger Abwrackprämie (statt z.B. in die Aufstockung eines ökologisch wesentlich sinnvollerem energiesparenden Gebäudesanierungsprogramms) investiert und dabei ebenso wichtige gesellschaftlich und ökologisch bessere Aufgaben vernachlässigt, hat für viele Linken, auch für viele linke Sozialdemokraten, nicht mehr die Glaubwürdigkeit den sozialen Rettungsschirm der LINKEN als nicht machbar oder sogar illusionär hinzustellen.

Die „normalen“ Bürgerinnen und Bürger fragen sich doch zu Recht, wohin ihr sauer verdientes Geld wandert, statt auch mal für ihre Absicherung direkt eingesetzt zu werden. Karstadt bricht zusammen. Opel wird nur leidlich vorerst gerettet. Banken werden verstaatlicht, um weitere Zusammenbrüche zu vermeiden. Überall entstehen Bad Banks. Die Schuldenkrise des Staates und der Verlust an Steuereinnahme drohen am Ende auch den „kleinen Mann“ zu treffen, denn eins dürfte klar sein: man kann das Geld nur einmal ausgeben. - Wenn Politiker anschließend von Haushaltskonsolidierung sprechen, ist doch vielen klar, dass sie die Zeche zahlen sollen, dafür

dass Banken und Autoindustrie weiter auf großen Fuß leben dürfen und dringend notwendige öffentliche Investitionen auf der Strecke bleiben. Dies ist alles ein äußerst explosives Gemisch, denn es erscheint vielen Menschen als ein nicht mehr beherrschbares System, das mehr von Interessenverflechtungen (z.B. um die Autoindustrie herum) geprägt ist, als von gesamtgesellschaftlichen Problemlösungen.

Die kritische Situation der Sozialversicherungssysteme tut ein Übriges, um die Menschen insgesamt schlussfolgern zu lassen, dass „die Politik“ längst jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat und es nur noch darum geht, wer in Zukunft wie viel vom Kuchen abbekommt und wem etwas weggenommen wird. Wer so tut, als hätten viele (bei einem Bruttoinlandsprodukt von rd. 2,5 Billionen EURO im Jahr 2008) noch nicht das Einmaleins der Finanzpolitik begriffen und sich jahrelang als Sparschwein der Nation eher damit befasst, wie Schulden, mit denen aus dem Fleisch der Gesellschaft geschnitten Ressourcen bedient werden und agiert nach dem Motto „Kleinhänschen muss jetzt auch sparen“ oder wir müssen den Gürtel enger schnallen.

Man kann hier vielleicht mutmaßen, dass hier jemand einfach nicht die volkswirtschaftliche Logik verstanden hat, sondern agiert nach dem selben Muster der Betriebswirte agiert, die über Jahre zugesehen haben, dass Menschen sich immer mehr eingeschränkt haben (Sinken der Arbeitseinkommen) und die Reichen sich die Taschen immer voller gestopft haben, solange bis sie schon nicht mehr wussten, wohin mit dem Geld und sich neue Anlagen suchen mussten und anschließend die Kapitalvernichtungsmaschinerie des Kasinokapitalismus die Weiterleitung des Geldes von Spekulationsblasen an Finanzakrobaten in aller Welt zur Folge hat. Deutschland und Europa haben rein gar nichts von solcher Politik, aus denen, die Teil des Finanzkapitals sind und selbst die mussten ja bekanntlich hilflos zusehen, wie sich teilweise ihre Renditeerwartungen sogar in Minusbilanzen verwandelten. Deutschland hat hier doppelt, ja dreifach verloren und die SPD hat dabei ebenso zugesehen wie ein Großteil der bürgerlichen Gesellschaft.

Reden wir nicht drum herum: Seit langem deutet sich eine Krise der Parteien, des Parteiensystems und auch eine Systemkrise an und bisher liegen konsequente Lösungen dafür aus sozialdemokratischer Sicht in den Schubladen und versauern dort, weil die SPD sich zu stark auf das „Politikverwalten“ in der Großen Koalition (auch noch mit einer volkswirtschaftlich grundfalschen Schuldensperre) konzentriert hat. Statt mit bürokratischem Management Scheinlösungen zu produzieren und sich wirklich auf die Durchsetzung sozialdemokratischer Interessen ihrer Wählerschaft zu konzentrieren, blockieren die Modernisierungsgewinner in der SPD (und natürlich die CDU in der Großen Koalition) diese Lösungen (wie z.B. durch höhere Kapitalbesteuerung) und generierten gleichzeitig Lösungen, die eher liberale Ausrichtung waren. Wenn die SPD in diesen zentralen Umverteilungsfragen nichts mehr zu bieten hat, als einen Bildungssoli o.ä. werden ihr weiterhin die Stammwähler weglauen.

Die SPD-Stammwähler wollen nicht eine bessere CDU oder bessere FDP, sie wollen originär sozialdemokratische Antworten. Sie wollen auch eine andere Definition der politischen Mitte als bisher, sind wollen die Einlösung des Anspruchs Innovation und Gerechtigkeit zu verbinden, um wirklich eine neue Mitte zu schaffen. Bislang gibt es diese nicht und die Gesellschaft droht in Gewinner und Verlierer zu zerfallen und hier muss die SPD sich darauf konzentrieren, diese alles entscheidende Frage der gesellschaftlichen Integration glaubwürdig zu beantworten. Sonst kann ein weiterer Teil

ihrer Wähler sie vermutlich nicht mehr ernst nehmen und die Erosion des Parteiensystems setzt sich aufgrund dieses Scheiterns fort.

Und die Menschen wollen gefragt und beteiligt werden. Über die Schröder- und Steinmeier-Jahre hat es die SPD versäumt, Menschen auf unterschiedlichen Ebenen der Partei für untere, mittlere und größere Aufgaben zu qualifizieren und sie auch zu beteiligen. (Intellektuelle in der SPD dürfen höchstens noch vor der parteinahen Ebert-Stiftung vortragen.) Die Menschen haben mehr zu sagen, als die Parteisprache von Parteieliten hergibt und sie müssen gewonnen werden. Von allein kommen sie nicht und übrig bleiben primär Karriere orientierte Parteigänger mit eher flexiblen um nicht zu sagen opportunistischen Haltungen (und zum Teil noch ohne größere berufliche Erfahrungen außerhalb einer Parteilaufbahn) – und dies in einer Zeit, wo eigentlich inhaltliches Rückrat gefragt wäre. - Da aber die Auseinandersetzung um Programm und Personen und Art und Richtung der Führung elitär ablief, muss sich jetzt niemand mehr über die Lage der SPD wundern. Wer sein Personal auskugelt, muss sich überdies nicht über den Vorwurf einer ungerechtfertigten Auswahl wundern und darüber dass sich niemand mehr engagieren will.

Auch ist der Verlust in das Vertrauen zu sich selbst ist so groß geworden, dass die von Sigmar Gabriel geforderte Definition und Verortung in der Opposition nur eine Konsequenz aus der dringenden Regenerationsnotwendigkeit der SPD ist. Sollte die Regeneration nicht schnell gelingen, werden weitere Mitglieder sich enttäuscht zurückziehen oder zu anderen Parteien gehen. Dann wird die SPD auf lange Zeit eher zur Marginalie des Parteiensystems, obwohl sie eigentlich als gesellschaftliche Integrationskraft gebraucht wird.

3. Stärkere Reflexion gesamtgesellschaftlicher Ursachen und der Folgen bei der Entwicklung des Parteiensystems ist gefragt.

Das grundsätzliche Problem hinter all der Erosion des Parteiensystems und einzelner Parteien ist nicht nur der Verlust der Steuerungskraft, sondern auch die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche, die insgesamt immer wieder aktuell analysiert werden müssen. Diese gesellschaftlichen Umbrüche bewegen sich innerhalb von Jahrzehnten und Prognosen über ihre potentiellen Wirkungen müssen ebenso laufend erstellt werden, um überhaupt steuern zu können. Dies stellte und stellt – nicht nur die politischen Eliten- immer wieder vor neue Aufgaben und diese haben zugenommen und sind komplexer geworden. Wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt stellt neue Herausforderungen auch an demokratisch-gesellschaftliche Aushandlungsprozesse.

Im Lichte der gesellschaftlich notwendigen Vereinbarung des Ausgleichs verschiedener Interessen im Kampf um eine gerechte Ordnung im Sinne der Sozialen Demokratie ist es also eine notwendige Bedingung, diesen zunehmenden Ansprüchen gerecht zu werden und die Menschen dabei mitzunehmen. Die Menschen - links von der Mitte, das Hauptwählerpotential der SPD (und nicht nur die) brauchen zuverlässige Antworten, die wir gemeinsam vereinbart haben, d.h. Politik und Gesellschaft und Wirtschaft.

Da sieht die SPD-Führung zu wie ein rechtspopulistischer Sozialdemokrat in einem Länderregierungsamt Menschen mit Hartz IV erklären will, wie sie sich mit täglich 3,50 Euro gut ernähren können, statt sie auf Hilfe- und Beratungsangebote aufmerk-

sam zu machen von Leuten, die diese Beratung und den gesamten Kontext des Lebens der armen Menschen viel besser verstehen, als er es jemals tun wird. - Und nicht nur dass, die SPD riskierte hier, dass Konservative oder Populisten in der SPD Anklang in der Presse finden, ohne dass man adäquat inhaltlich darauf reagiert. Viele gewinnen dadurch den Eindruck, dass sich in der SPD Leute über Jahre breit gemacht haben, die sozial unterprivilegierten Menschen erklären will, wie das Leben zu gestalten ist und selbst an den Fleischtöpfchen der Politik sich sättlich tun und erklären, wo man überall noch sparen könnte, wenn das Geld zum Leben (und zum Finanzieren von Ernährungs- oder Schuldnerberatung etc.) nicht mehr ausreicht.

Es kommt einfach schlecht an, wenn Politiker mit Herkunft aus klassischen bürgerlichen Haushalten anderen, ärmeren Leuten die Gefahren des Lebens und die gute Art der Diskussion belehrend unter die Nase reiben wollen, wo sie selbst die Probleme dieser Schicht gar nicht haben (Nebenbei gesagt – wie schon zu Kaisers Zeiten, als die Leute von Wirtshäusern ferngehalten werden sollten, weil sie sich zugrunde richten und von Sozialdemokraten agitiert würden). Grundsätzlich bekommt dies den Anschein, dass die SPD, statt für soziale Integration zu sorgen, eine Art Klassenkampf ausfechtet, wo die mittlere Schicht der unteren Schicht erklärt, „was Sache ist“. Der Normalbürger könnte auch die Sicht eingenommen haben, dass dieser Klassenkampf innerhalb der SPD schon längst zugunsten der neo-liberalen Modernisierungseliten ausgegangen ist und sie nur noch hinterher gucken und sich über den besseren Weg belehren lassen dürfen. - Aber das sind Spekulationen. Die müssten aber nun mal überprüft werden, denn wenn das stimmt, hat die SPD sehr ernste Probleme. Aber weiter: Nicht nur das das sozialdemokratische Profil der SPD verwässert wurde und zum Beispiel ebenfalls notwendige Debatten, z.B. um gesellschaftliche Alternativen in der Energiepolitik jahrelang vernachlässigt wurden, hier entstand der Eindruck in der Öffentlichkeit, dass die SPD einen Mainstream vertritt, der auf strategisch und inhaltlich unsinnige Themenbesetzungen hinausläuft, wie eben Hartz IV-Empfängern die Welt erklären zu müssen, statt sich für die Änderung ihrer Lebensumstände einzusetzen bzw. ihre Verantwortung für den Nachvollzug und die Veränderung sozialerer Gestaltung von Lebenswirklichkeit nachzukommen.

Darauf ist die SPD aber auch nur teilweise vorbereitet. Die bisherigen Antworten auf Zukunftsfragen erscheinen im Politikjargon der schnellen medienwirksamen Antworten im Ohr der Menschen nur von Skepsis begleitet wiederzuhallen und mit Recht: es gibt keine einfachen Antworten mehr und hat auch keinen Zweck so zu tun.

In Politiksprache, Politikstil, Kommunikation, Beziehungsmanagement, Netzwerkbildungen muss sich etwas tun. Dies darf aber keine formale Änderung sein, sondern muss eine politische Änderung mit mehr Partizipation von Menschen sein, um eine solidarische und gerechte und freiheitliche Zusammenwirkung wieder zu beleben, im Dialog mit denen, die dazu willig sind. Neben einer politisch-inhaltlichen Rückbesinnung auf sozialdemokratische Werte und Ziele ist auch in dieser Hinsicht ist eine Forderung nach Re-Sozialdemokratisierung des Politikstils und der Formen des demokratischen Umgangs eine Notwendigkeit, die Berücksichtigung finden muss. Wenn die SPD dies nicht begreift, droht sie zu einer randständigen sozial-liberalen Partei mit abgehobenen modernistischen Managementalüren zu werden, so wie sie einige heute schon sehen. Schließlich hat sich auch die ohnmächtige Wut gegen Inhalt, Stil und Auswirkungen der SPD vermutlich auch im Wahlergebnis Bahn gebrochen.

Die SPD muss sich jetzt einmal entscheiden, welche strategische Ausrichtung sie bevorzugt: das „weiter so“ der „Volkspartei der Mitte“ oder einer integrativen Programm-Partei links mit nachhaltigen Politikperspektiven links von der Mitte. - Damit verlangt man aber eigentlich schon etwas Unmögliches, ihren Charakter als mittlerweile verbürgerlichte „catch all party“ zu verändern. Denn sie ist parteientheoretisch so etwas wie eine bürokratische Massen- und Apparatspartei modernen Typs (Mintzel in Anlehnung an Neumann), ihre Politikproduktion gibt nur vor demokratisch zu sein und sie hat die Funktion einer „Massenintegrationspartei“ (Narr) angenommen, deren verbürgerlichte Teileliten der Mitte, primär ihre Aufgabe darin sehen eine Legitimation der Herrschaft von (Partei-/Staats-) Eliten herzustellen, Politik zu verkaufen und zu vermarkten, bürokratisch das Allgemeinwohl herzustellen.

Heute ist aber etwas anderes gefordert, da wir nicht mehr von einer ansteigenden homogenen Wohlstandsentwicklung ausgehen können und mit ökologischen, finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen umgehen müssen, um nicht destruktive Folgeerscheinungen (z.B. soziale Verelendung durch Zunahme von prekären Verhältnissen, Zunahme von Kriminalität und Wirtschaftskriminalität) zunehmend erleben wollen. Wenn 11-16% der Bevölkerung oder mehr (in einem reichen Land!) arm sind und eine weitere vergleichbar hohe Anzahl in prekärem Wohlstand oder auch in der Prekarität leben und die Ausweitung der Zone von Armut und Prekarität droht und finanzielle und ökologische Krisen unseren Lebenszusammenhalt bedrohen, ist der Spaß vorbei. Dann muss man nicht nur „anpacken“ oder sagen dass unserer Land mehr kann, sondern etwas tun.

Selbst wenn der Staat angesichts irrsinnig hoher Summen von Finanzkapital, die täglich an den großen Börsen der Welt, wie z.B. London, wo täglich so viel Geld umgesetzt wird, dass eine deutsche Regierung mit ihrem kleinen Bundeshaushalt nur staunen kann, kein großer Akteur mehr ist, so darf nicht vergessen werden, dass ihm in der Steuerung der Finanzpolitik eine wichtige Rolle zukommt. Das haben selbst soziale konservative Politiker, wie z.B. auch Angela Merkel, begriffen und handeln danach und das macht sie – unter anderem – auch so erfolgreich.

4. Ausblick

Das 5-Parteiensystem heutiger Art und die Wirtschafts- und Finanzkrise lassen sich sicher nicht mit der Weimarer Republik vergleichen, aber wir müssen auch zusammen stehen, damit sich angesichts der Wirtschaftskrise und der gesellschaftlichen Desintegration nicht wieder auch nur annähernd solche Verhältnisse herausbilden. Auch andere Parteien trifft der Appell, dass sie an der gesellschaftlichen Erneuerung und an realistischen Perspektiven zusammen mit der SPD mitwirken müssen, um nicht hilflos weiter einem neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Europa gegenüber zu stehen, dessen Atlanten eigentlich nur Gehilfen des selben Turbo-kapitalismus sind, die uns in die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben und deren „Gewinnmitnahmen“ von Krise zu Krise führen. Die Rechnung dafür wird am Ende dem Normalbürger auch zu hoch sein.

Vielleicht haben am 28. September nach den Bundestagswahlen mal wieder die Champagnerkorken in den Salons des Kapitalismus geknallt. Aber wenn nicht eine andere Krisen bekämpfende an den Wurzeln der Probleme anpackende Politik kommt, werden sich entweder gesellschaftliche Desintegrationsprozesse fortsetzen

und/oder vielleicht noch ganz andere Sachen knallen. Noch ist es Zeit, die uns allen lieben Muster einer sozialen Demokratie in der sozialen Marktwirtschaft und darüber hinaus zu repräsentieren und zu entwickeln und die soziale und wirtschaftliche Stabilität durch entsprechende Maßnahmen zu bewahren, auch im Sturm weltwirtschaftlicher Entwicklungen.

Dazu ist es erforderlich, wie Frank Walter Steinmeier, kurz FWS, es ansatzweise richtig getan hat, einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierungskurs zu unterstützen. Man sollte aber nicht den Eindruck vortäuschen, hier der eigentlich Leitbild- und Ideengeber zu sein. Die Gesellschaft und die Wirtschaft bringt sich schon selbst voran. Die Politik hat die Aufgabe diese Entwicklung zu stützen. FWS, eigentlich der Architekt der „Agenda 2010“, mit Hilfe von neoliberalen Stiftungen und think tanks entwickelt, hat schon damals dazu beigetragen, in angeblicher Ermangelung größerer sozialer Handlungsalternativen bzw. aufgrund der Restriktionen in Arbeitsmarkt und Wirtschaft die „Eigenverantwortlichkeit“ der Bürger/innen stärker in den Vordergrund zu rücken. Hier wurde aber teilweise schlicht und einfach gesagt die Verantwortung verschoben, auf diejenigen die sogar die Effekte wirtschaftlicher Veränderungen noch am ehesten zu spüren bekommen und nicht auf die, die eigentlich in einer Krise noch mehr Verantwortung tragen müssten. Das heißt: die Verantwortung für „mehr Arbeit“ wurde auf „die Arbeiter“ selbst verschoben, die sich dann mit mehr „Eigenverantwortung“ (die sie ohne hin schon immer hatten und schon immer wahrgenommen haben) in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnsektor wieder finden.

Diesmal versucht FWS einmal das Gegenteil – die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte bzw. Eliten zu mobilisieren mit einem „Deutschlandplan“, vermutlich, um die eigene Hilflosigkeit zu kaschieren. Er verschiebt schon wieder die Verantwortung. Er verschiebt die Verantwortung von einer notwendigen Intervention und einer Stützung staatlicher Strukturen im Zusammenhang mit einer gesunden Wirtschaft und der Bewältigung eines Strukturwandels auf die Gesellschaft, die moderne Wirtschaftsdienstleistungen und Sektoren stärker ausbauen soll. Wirtschaftspolitisch weiß man aber ganz genau, dass auch Subventionen enge Grenzen gesetzt sind und dass Förderprogramme zu großen Mitnahmeeffekten führen und deswegen verbietet sich ja auch eine solche Intervention in größerem Ausmaß. Das heißt, hier wird eine wirtschaftspolitisch technokratische Alternative aufgemacht. Hier werden ohnehin schon vorhandene Impulse der Gesellschaft aufgenommen (auch von denjenigen, die demnächst gefördert werden wollen) und versucht etwas für die Zukunft zu vereinbaren – leider nur ohne einen ausreichend an einen Partei- und Gesellschaftsbasis gebundenen sozialen und demokratischen Prozess.

Es werden die Modernisierungsgewinner und Experten/innen dazu geholt, ein Plan entwickelt und vorgestellt und eigentlich nicht geprüft, ob dieser ökonomisch tragfähig ist. Es hätte ein Alarmzeichen sein müssen, dass die versammelte Presse und viele andere Experten/innen samt des ökonomischen Sachverständigen zu einem nicht unwesentlichen Teil über diesen „Deutschlandplan“ herzieht und ihn als unseriös darstellt. - Dem Normalbürger ist angesichts der Ausbreitung dieses Plans ohnehin klar, dass Ausweitungen im Gesundheitssektor und den sog. Kreativen Berufen zu einem großen Teil von der Gesellschaft finanziert werden müssen. Und wer ist diese Gesellschaft, das ist z.B. der normale Mittelstand und auch die „kleinen Leute“, die mit ihren Steuerzahlungen ohnehin die Masse der staatlichen Aufgaben finanziert. -

Denen bringt diese Modernisierung nichts, weil sie gar nicht das Geld dafür haben dies zu nutzen, angesichts der nach wie vor zu geringen Einkommenssteigerungen der Normalhaushalte. Also wird hier wieder eine Politik für die wenigen gemacht, die sich ohnehin ertragreiche Märkte moderner Dienstleistungen und Produkte aufbauen und für die diese auch bezahlen können. Solch ein Plan hat also dringenden Korrektur- und Konkretisierungsbedarf und bedarf einer größerer finanz- und wirtschaftspolitischen Strategieentwicklung mit deutlich besser ausformulierten gesellschaftlichen – und auch traditionelle sozialdemokratischen - Entwicklungslinien.

Schließlich geht es um die Frage, ob sich nicht nur einige wenige zu den Modernisierungsgewinnern zählen können, sondern ob gesellschaftlicher Wohlstand vielen dient. Tendenziell muss die gesamte Gesellschaft Gewinner des wirtschaftlichen Modernisierungsprozesses sein. Dies ist schwierig, weil wir uns in einer umfassenden Finanzkrise und ökologischen Krise befinden, die auch Opfer fordern wird.

Die SPD war schon immer in solchen Krisensituationen die freiwillige Feuerwehr des Kapitalismus, was viele zivilisatorische, politische, bürgerliche Errungenschaften gebracht und gesichert hat, quasi ein Kraftzentrum systemischer Verbesserungen. Wollen wir hoffen, dass sie nicht so schlecht ausgestattet ist, wie es jetzt den Anschein hat. Hoffen wir nur, dass sie nicht nur ein Anhängsel der modernen Gesellschaft ist, das gerade noch als Hilfstruppe für einen kleinen sozialen Ausgleich dienen darf, sondern den Willen und die Kraft zu Erneuerung hat – nicht nur als Partei, sondern auch als soziale Bewegung, auch als soziale Bewegung gegen einen „Kasino-Kapitalismus“.

Wenn es der SPD nicht gelingt, einen Kurs der Integration zur Herstellung einer wirklich solidarischen Gesellschaft im Angesicht der Krisen herzustellen, werden viele Menschen in alle möglichen Richtungen weiter abwandern. Die nächsten Parteitage 2009 und 2010 werden zeigen ob sie, wie die CDU in ihrem Wahlkampfslogan die „Kraft“ hat oder „mehr kann“ – oder eben nicht. Dann wird schon jeder für sich selbst wissen, was zu tun ist

Und wahrscheinlich wird sich im negativen Falle der gesellschaftliche Desintegrationsprozess weiter fortsetzen. - Die SPD-Führung trägt also eine hohe gesellschaftspolitische Verantwortung die richtigen Wege zu beschreiten. Der Entwurf zum Leittrag der SPD zum Dresdner Parteitag im November 2009, zeigt, dass sie dem auch zum großen Teil Rechnung trägt. Man kann in dieser Situation nur hoffen, dass die Impulse, die hier gesetzt werden, bei den Menschen auch auf Gegenliebe stoßen und sie Mittel und Wege finden, sich in diesem Kontext auch mit zu engagieren und dass die SPD ihnen diese Wege zur Mitwirkung in einer solidarischen Gesellschaft eröffnet, angesichts eines sich in Zukunft wahrscheinlich wieder verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Klimas.

Dr. Steffen A. Rogalski, Politologe, Mitglied der SPD seit 1993, ehem. Abteilungs- bzw. Ortsvereinsvorsitzender in Berlin-Zehlendorf-Mitte/Schweizerhof und Vorsitzender der AG Migration Steglitz-Zehlendorf (und pikanterweise kurzzeitig auch der ehemalige Ortsvereinsvorsitzende des SPD-Mitglieds Frank Walter Steinmeier). Er lebt und arbeitet zurzeit in Berlin und Hannover.